

## **V-4 Abschiebestopp in den Iran verlängern**

Antragsteller\*in: Anne Kammermeier (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Der Abschiebestopp für den Iran ist in Deutschland zum 31.12.23 ausgelaufen und  
2 wurde von  
3 der Innenminister\*innenkonferenz nicht verlängert. Noch schlimmer: Das Thema hat  
4 es noch  
nicht einmal auf die Tagesordnung geschafft. Und das obwohl sich an der  
politischen  
Situation im Iran nichts verändert hat.

5 Wir fordern die politischen Entscheidungsträger\*innen aller Parteien in Land und  
6 Bund auf,  
7 sich für eine dringend notwendige bundesweite Verlängerung des Abschiebestopps in  
den Iran  
einzusetzen.

8 Die Menschenrechtslage im Iran ist hoch problematisch: Ethnische, religiöse und  
9 gesellschaftliche Minderheiten, besonders Kurd\*innen, werden systematisch  
10 unterdrückt und  
11 diskriminiert. Meinungs- und Pressefreiheit existieren nicht. Einfache  
12 Meinungsäußerungen  
13 oder die Teilnahme an Demonstrationen können massive Verfolgung und Tod bedeuten.  
14 Zudem  
15 werden die Rechte von Frauen und weiblich gelesenen Menschen gesetzlich massiv  
16 beschnitten.  
17 Nicht selten trifft die Gewalt jedoch auch willkürlich gewählte Personen, nur um  
Exempel zu  
statuieren. Vor Gericht gibt es keine rechtsstaatlichen Verfahren. Oft werden in  
Schnellverfahren Geständnisse unter Folter erzwungen und sexualisierte Gewalt  
findet  
Berichten zufolge in iranischen Gefängnissen regelmäßig statt. Hinrichtungen sind  
an der  
Tagesordnung und werden als Werkzeug der Einschüchterung und Unterdrückung  
verwendet.

18 Oft kommt es nach solchen Scheinprozessen zu der Verhängung einer langen

Haftstrafe oder der  
Todesstrafe. Im Jahr 2022 wurden im Iran nahezu 600 Menschen den offiziellen  
Zahlen zufolge  
hingerichtet. 2023 waren es mehr als 800 Hinrichtungen. Die Menschen sind der  
Willkür des  
iranischen Regimes ausgesetzt. Am 23.01.2024 wurde beispielsweise der 24-jährige  
Mohammad  
Ghobadlou hingerichtet. Er war einer der ersten Iraner\*innen, die bei den  
Protesten nach dem  
Tod von Jina Mahsa Amini im Herbst 2022 inhaftiert worden waren.

Seit dem Tod der 22-jährigen Kurdin Amini in der Gefangenschaft der iranischen  
Revolutionsgarden gehen landesweit tausende Iraner\*innen auf die Straße und  
kämpfen für  
Demokratie und Freiheit. Die Menschen gehen auf die Straße trotz der  
allgegenwärtigen  
Gefahr, das mit ihrem Leben zu bezahlen. Tausende Demonstrant\*innen wurden seit  
Beginn der  
Proteste festgenommen, viele Menschen wurden hingerichtet. Sie sind Held\*innen  
des Kampfes  
für Demokratie und Menschenrechte, denen unsere volle Solidarität gelten muss.  
Auch in  
Deutschland haben sich tausende Menschen mit ihnen solidarisiert. Die  
Iranischstämmigen  
unter ihnen sind sogar in Deutschland mit Angriffen und Einschüchterungsversuchen  
konfrontiert und müssen im Falle einer Abschiebung auch diesbezüglich Repression  
und  
Verfolgung befürchten.

Parteiübergreifend haben in Deutschland Politiker\*innen Patenschaften für  
politische  
Gefangene in Iran übernommen. Die in Iran inhaftierte Menschenrechtlerin Narges  
Mohammadi  
wurde 2023 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Dies sollte ein klares  
Bekenntnis  
Deutschlands und der Weltgemeinschaft sein, den Freiheitskampf der iranischen  
Bevölkerung  
anzuerkennen und die Menschenrechte in Iran zu verteidigen.

Den gefährlichen und oft tödlichen Kampf gegen das mörderische Regime muss die  
Bevölkerung  
im Iran weiterhin allein ausfechten.

Diejenigen, die in der Hoffnung auf Schutz vor Repression und  
Menschenrechtsverletzungen

nach Deutschland geflüchtet sind, zu schützen, ist das Wenigste, was Deutschland und Berlin machen können, um einen Beitrag zu einer beispiellosen Bewegung für Demokratie, Frauen- und Menschenrechte in der Region zu leisten. Menschen in ein Land abzuschieben, in dem es keinerlei Garantie für die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gibt und in dem bei kleinster Kritik willkürliche Verhaftungen, Folter und Todesstrafe drohen, ist verantwortungslos und absolut unvereinbar mit unseren Werten.

An der BAMF-Entscheidungspraxis wird deutlich, dass das reguläre Asylverfahren nicht ausreicht, um den notwendigen Schutz dieser Menschen zu gewährleisten: Das Bundesamt lehnte im Jahr 2023 mehr als die Hälfte der Asylanträge iranischer Staatsangehöriger ab. Selbst die bereinigte Schutzquote liegt nur bei 45,6%.

Daher fordern wir die Berliner Landesregierung und die Innenminister\*innenkonferenz dringend auf, den bundesweiten Abschiebestopp umgehend zu verlängern oder mindestens hilfsweise einen landesweiten Abschiebestopp zu veranlassen, um deutlich mehr geflüchteten Iraner\*innen einen angemessenen Schutz in Deutschland und Berlin zu bieten.

### **Unterstützer\*innen**

Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte), Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg), Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln), Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)